



Mehr Zuschuss

In Bielefeld bekommen Hartz IV-Bezieher*innen endlich mehr Geld für ihre Miete. Gut ist deswegen aber nicht alles. **Seite 3**



Weniger Plastik

Plastik stoppen, auch wenn der Weg in eine Gesellschaft ohne Verpackungsmüll und Mikroplastik holprig ist. **Seite 5**



Weiter Erinnern

Schon heute leistet Erinnerungskultur in Bielefeld einiges. Jetzt wird sie vernetzt, ausgebaut und gestärkt. **Seite 7**

Viertel

Schon bezahlt

Zeitung für Stadtteilkultur und mehr

Nr.39 | Frühjahr 2019

»Zieht euch warm an!«

Die Polizei legt wegen einer Nazidemo die Innenstadt über Stunden lahm und kündigt für die Zukunft Ähnliches an. Ein maßloser Strategiewechsel, findet die »Viertek«.



FOTO: MARTIN SPECKMANN

Klar, die Medien haben berichtet über den 10. November - über die 400 Neonazis, die 6. bis 10.000 Gegendemonstranten und die 1.750 zum Teil wie Ninja Turtles aufgerüsteten Polizisten mit Pferdestaffeln, Wasserwerfer und das unüberwindbare Hamburger Gitter quer durch die Stadt. Diese für Bielefeld neue Strategie hat die Polizei in ihrer Bilanz gefeiert, im Polizeibeirat verteidigt und den Erfolg in die Landeshauptstadt gemeldet. In einer Sondersitzung des Innenausschusses hat Innenminister Herbert Reul die Erfolgsmeldung wiedergegeben und sich dabei ordentlich ins Zeug geworfen, um vor allem die Anzeigen gegen Teilnehmer der Gegendemos auszuwalzen. Trotzdem ist nicht alles gesagt und längst nicht alles richtig, was Polizei und Innenminister da von sich gegeben haben.

Premium-Route für Nazis

In ihrem Bericht rücken sie die Gegenproteste in die linksextremistische und autonome Ecke, obwohl das breite Bündnis aus Gewerkschaften, Kirchen und Initiativen nun wirklich staubbürgerlich ist. Sie machen die zehn Gegenproteste für die lange Aufzugstrecke der »Nazis« (mit)verantwortlich und damit auch für das martialische Aufgebot der Polizei und den Ausnahmezustand. Chapeau! Da muss man erstmal drauf kommen. Dabei hatte die Polizei den Neonazis wenig

abverhandelt, ihnen die Premium-Route mitten durch die Stadt gewährt und das als alternativlos dargestellt.

Und dann muss man auch noch so dickfellig sein, eine Gefahr durch Linksextreme nur zu behaupten. Gut, die Szene hat jenseits von Ostwestfalen-Lippe mobilisiert. Aber deshalb muss die Polizei nicht gleich zeigen, was sie an schwerem Gerät in der Garage hat. Eine schlüssige Antwort auf die Frage nach konkretem Gefahrenpotenzial bleibt die Polizei bis heute schuldig. »Verschlussache«, heißt es.

Dabei wäre Transparenz angezeigt, um zu klären, ob es verhältnismäßig war, mit Absperrungen die Freizügigkeit nicht nur von Demonstranten, sondern von allen Menschen in der Innenstadt einzuschränken. Den Verkehr einschließlich von Bussen und Bahnen für sechs Stunden lahm zu legen. Gegendemonstranten einen Umweg von zweieinhalb Kilometern zuzumuten, wenn sie von einer Versammlung zur nächsten wechseln wollten. Und die Wasserwerfer konsequent auf die Gegendemos zu richten.

Da lohnt es sich schon, drüber nachzudenken, ob die Polizei das Demonstrationsrecht beschnitten hat - nicht das der »Nazis«, sondern der Gegendemonstranten. Sicher ist, dass sich viele Menschen von der Polizei eingeschüchert fühlten. Das belegt eine Umfrage des Instituts für interdisziplinäre Gewalt- und Konfliktforschung an der Uni-

versität Bielefeld. Das blenden die Bielefelder Polizeipräsidentin Katharina Giere und Innenminister Reul hartnäckig aus. Sie rechtfertigen das Vorgehen der Polizei als verhältnismäßig und verweisen darauf, dass diese Strategie in anderen Städten längst gang und gäbe ist. Und sie kündigen an, in Bielefeld auch in Zukunft aufzurüsten. Man habe das Equipment ja nicht, damit es einstaubt, sagen sie und behaupten doch tatsächlich, dass Wasserwerfer milder als Schlagstöcke sind. Als habe es Stuttgart 21 und die Bilder von verwüsteten Gesichtern mit blutigen Augen nicht gegeben.

Brokdorf-Urteil als Maßstab

Solange die Verschlussachen nicht geöffnet werden, bleibt unklar, ob dieser martialische Auftritt neuen polizeilichen Leitlinien geschuldet ist. Pläne dazu waren vor zwei Jahren öffentlich geworden. Demnach sollte sich die nordrhein-westfälische Polizei angesichts steigender Übergriffe auf Polizeibeamte von der bis dahin kommunikativen und deeskalierenden, hin zu einer »robusten« Organisation entwickeln. Darüber wollen wir hier nicht spekulieren. Stattdessen empfehlen wir der Polizei einen Blick in das Brokdorf-Urteil vom Bundesverfassungsgericht aus dem Jahr 1986, das in Sachen Demonstrationsrecht noch immer als Maßstab gilt: »Die staatlichen Behörden sind gehalten, nach dem Vorbild friedlich verlaufender Großdemonstrationen versammlungs-freundlich zu verfahren und nicht ohne zureichenden Grund hinter bewährten Erfahrungen zurückzubleiben«, heißt es in der Begründung des Urteils. Und weiter: »Je mehr die Veranstalter ihrerseits zu einseitigen vertrauensbildenden Maßnahmen oder zu einer demonstrationsfreundlichen Kooperation bereit sind, desto höher rückt die Schwelle für behördliches Eingreifen wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit«.

In Bielefeld liegt die Schwelle richtig hoch. Denn das »Bielefelder Bündnis gegen Rechts«, zu dem alle Anmelder der Gegendemos vom 10. November gehörten, hat immer friedlich demonstriert und auch mit der Polizei kooperiert. Da ist der Strategiewechsel nicht zu rechtfertigen - und lässt für die Zukunft Böses ahnen. Es weht ein anderer Wind und die Botschaft lautet: »Zieht euch also warm an!«. Davon will sich das »Bielefelder Bündnis gegen Rechts« nicht abschrecken lassen und fordert weiterhin: »Keinen Fußbreit den Faschisten!«

» wörter davor

Attac verliert die Gemeinnützigkeit, der DFB behält sie. Verschwörung? Nein. Zeitgeist. Auf dem Siegfriedplatz sitzen bereits Mitte Februar die ersten Pöter auf erstaunlich angewärmtem Pflaster. Noch auf Übergangsjacken, aber immerhin. »Wenn das so weitergeht ...«, murmelte schon meine Oma und ließ offen, was dann passieren würde.



Geht uns nicht so. Seit wir wissen, dass »Bielefeld karibisch« wird. Mit Beachvolleyball. Liegestühlen. Strand. Palmen. Auf dem Siegfriedplatz. Wirklich, kein Aprilscherz. Veranstalter ist die »Just Festivals GmbH« aus Dortmund: »Im Jahr 2018 haben die Street Beach Festivals (...) rund 2.850.000 Personen erreicht. (...) Für 2019 rechnen wir mit 20 Festivals und einer Reichweite von rund 3.600.000 Personen.« »Reichweite« meint Informierte, nicht Besucher*innen. »Interessiert« an dem »Ereignis« auf dem Siegfriedplatz sind laut Facebook 4.750 Personen (Stand 1.3.). Könnte voll werden im Viertel.

Was laufen wird Ende August, möchten wir nicht mitteilen. Was wir von der Genehmigung halten, den Siegfriedplatz für drei Tage in ein Piratennest zu verwandeln, schreiben wir nicht. Vielleicht hat ja wenigstens der Himmel ein Einsehen. Weil es dann sicher schon lange nicht mehr geregnet haben wird.

Für die Redaktion,
Matthias Harre

» vorlaut

Ade - Ode an A.

Die kleine A. ist nicht mehr da,
wer wird jetzt für uns dichten,
voll Witz, Getöse, Tralala
mit Nichten und von Fichten?

A. reihte lässig Silb' an Gilb'
Mal zart wie Tee, mal richtig wild.
Das Schema ging nie durcheinander,
da reimt sich Peter Alexander.

Den Stabreim hat sie nicht gemocht,
wer vorne reimt, der ist gelocht.
Ist überhaupt nicht ausgekocht,
von einer Kerze nur der Docht!

Sie wird jetzt wohl woanders reimen,
nen A-Saft trinken, einen kleinen,
und Schlager trällern mit den Großen,
gestärkt durch Schokoladensoßen.